



VORSCHLAG DER GL SP60+ ZUR DISKUSSION

Für eine menschenfreundliche Finanzpolitik

Die Erhöhung der Krankenkassenprämien, der Mieten und die Preise der wichtigsten Lebensmittel etc. hat für eine breite Öffentlichkeit ein kaum erträgliches Mass angenommen und vermindert die Kaufkraft erheblich. Zudem sind die öffentlichen Finanzen – vor allem diejenigen des Bundes – arg unter Druck. Angesichts der sich anbahnenden Rezession und der unsicheren Welthandelslage benötigen die Sozialversicherungen, das Gesundheitswesen, der Bereich Infrastruktur, der Bildungssektor etc. bedeutende Mittel. Die Ökonomen reden von «Deficit spending»: In einer Abschwungphase muss kräftig investiert werden.

Die Delegiertenversammlung der SP60+ fordert deshalb, dass die **Schuldenbremse revidiert** werden muss. Sie behindert die Umsetzung sozialdemokratischer Politik.

Die notorische Schlechtdarstellung des Jahresbudgets durch das Eidg. Finanzdepartementes erfolgt aus taktischen Gründen. Es soll die Sparpolitik des EFD beliebt machen. Die SP60+ lehnt diese **undemokratische Irreführung** ab.

Weiter ist die **neoliberale Steuerpolitik** zugunsten des Kapitals, der Vermögenden und auch der Unternehmen zu **korrigieren**.